

STELLUNGNAHME

Juni 2017

Hungerkrisen stoppen - G20-Länder müssen ihrer humanitären Verantwortung nachkommen!

VENRO-Forderungen an die deutsche G20-Präsidentschaft

Im Südsudan, dem Jemen, Somalia und im Nordosten von Nigeria gibt es seit Monaten eine der schlimmsten Hungersnöte und größten humanitären Krisen der vergangenen Jahrzehnte. Zwanzig Millionen Menschen sind akut vom Verhungern bedroht, davon 1,4 Millionen Kinder. Sie müssen umgehend mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgt und medizinisch betreut werden. Die jetzige Notlage ist nicht nur eine Nahrungsmittelkrise, sondern sie ist auch bedingt durch Gewalt, durch Verteilungsungerechtigkeiten und durch schlechte Regierungsführung in einigen der betroffenen Staaten.

Die internationale Gemeinschaft kommt ihrer humanitären Verantwortung derzeit nicht nach. Nach Schätzungen des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) der Vereinten Nationen (UN) sind in diesem Jahr mindestens 5,6 Milliarden US-Dollar notwendig, um der Hungerkrise zu begegnen. Davon müssten 4,4 Milliarden US-Dollar kurzfristig bereitgestellt werden. Bislang haben die UN-Mitgliedsstaaten lediglich 1,8 Milliarden US-Dollar, also gerade einmal ein Drittel der benötigten Mittel, bereitgestellt.

Die Gruppe der 20 (G20) als Zusammenschluss der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist hier besonders angesprochen. Sie erbringen zusammen etwa 85 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und tragen mit ungefähr 75 Prozent der Kohlenstoffdioxidemissionen massiv zum Klimawandel bei, der in vielen Ländern Afrikas Dürren verstärkt. Unter ihnen sind auch mit den USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und China die weltweit größten Rüstungsexporteure, die durch ihre Waffenexporte in diese Krisenregionen gewaltsame Konflikte verstetigen und damit den Hunger noch verschlimmern.

Die Bundesregierung sollte deshalb ihre G20-Präsidentschaft nutzen, um ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Sie sollte die anderen G20-Mitglieder auffordern, ebenfalls

STELLUNGNAHME

Verantwortung zu übernehmen. Die G20-Staaten sollten folgende kurz- und mittelfristigen Maßnahmen ergreifen, um der Hungerkrise zu begegnen:

FINANZIELLE MITTEL FÜR DIE HUMANITÄRE HILFE MASSIV AUFSTOCKEN

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung knapp eine halbe Milliarde Euro im Bereich der Humanitären Hilfe und der Übergangshilfe zur Bekämpfung der Hungerkrisen im Südsudan, dem Jemen, Somalia und Nigeria bereitgestellt und sich auch zu ihrer humanitären Verantwortung bekannt hat.

Aber nicht nur Industrieländer wie Deutschland, auch große Schwellenländer wie China können und sollten ihrer internationalen Verantwortung nachkommen. Die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer kommen am 7. und 8. Juli 2017 zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen zusammen. Die Staats- und Regierungschefs sollten ein deutliches Signal aussenden und mit dem Gipfel die noch fehlenden finanziellen Mittel zur Überwindung der Hungerkrise bereitstellen.

VENRO fordert deshalb die Bundesregierung auf, bei den G20-Staaten darauf zu drängen, dass diese

- die finanziellen Mittel für die humanitäre Hilfe massiv aufstocken und bereits getätigte Zusagen an die UN und andere Hilfsorganisationen einhalten.

RESILIENZ AUSBAUEN UND BEWÄLTIGUNGSKOMPETENZ STÄRKEN

Nach erfolgter Krisenbewältigung müssen in den betroffenen Ländern Entwicklungsmaßnahmen erfolgen, die die Lebensbedingungen vor Ort verbessern, die Resilienz der Länder und vor allem aber der betroffenen Menschen stärken, insbesondere der besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Mädchen sowie Menschen mit Behinderungen. Dies sollte durch die konsequente Umsetzung des LRRD-Ansatzes (Linking Relief, Rehabilitation and Development) erfolgen.

Darüber hinaus müssen eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert und Maßnahmen zur Ernährungssicherung für alle Menschen in diesen Ländern ergriffen werden. Die Mehrheit der

STELLUNGNAHME

afrikanischen Regierungen aber vernachlässigt es, eine nachhaltige Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik gezielt zu fördern. Dabei leben etwas mehr als zwei Drittel der Afrikaner_innen von der Landwirtschaft. Für die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft wird aber immer noch viel zu wenig investiert, weshalb deren Produktivität weit unter dem globalen Durchschnitt liegt.

Insbesondere die USA und die EU als die weltweit größten Agrarexporteure konzentrieren sich darauf, ihre Agrarüberschüsse in Afrika auf den Markt zu werfen. Seit vielen Jahren produziert die europäische Landwirtschaft Überschüsse, etwa an Milch und Fleisch, die sie billig ins Ausland exportiert, wodurch die Existenz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gefährdet wird, die mit diesen Billigprodukten nicht konkurrieren können. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den finanziellen Hilfen, die ihre Mitglieder zur Förderung der Landwirtschaft in afrikanische Länder geben. Diese können nur Wirkung entfalten, wenn sie auch durch eine kohärente Entwicklungs-, Wirtschafts-, Handels- und Investitionspolitik im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützt wird.

VENRO fordert die Bundesregierung auf,

- die G20-Staaten zu drängen, Entwicklungsmaßnahmen zu unterstützen, die sich am LRRD-Ansatz orientieren, um mittel- und langfristig die Resilienz der Länder und der betroffenen Menschen zu stärken.
- zusammen mit den G20-Staaten auf die afrikanischen Regierungen, insbesondere auf die von der aktuellen Hungerkrise betroffenen, einzuwirken, damit diese nachhaltige Landwirtschaft gezielt fördern, um Hungerkrisen in Zukunft zu vermeiden.
- sich in der EU und in der G20 für eine Wirtschafts-, Handels-, Agrar- und Investitionspolitik einzusetzen, die kohärent und an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 ausgerichtet ist.

WAFFENLIEFERUNGEN IN KRISENREGIONEN STOPPEN

Die aktuelle Hungerkrise im Südsudan, dem Jemen, Somalia und im Nordosten Nigerias hat ihre Ursachen auch in den dort teilweise seit Jahren herrschenden Kriegen und bewaffneten Konflikten. Dadurch werden Millionen Menschen zur Flucht getrieben, wodurch wiederum landwirtschaftliche Produktions- und Transportsysteme zusammengebrochen sind.

STELLUNGNAHME

Waffenlieferungen aus G20-Staaten verstetigen die Konflikte. Die USA haben gerade einen über 100 Milliarden US-Dollar schweren Waffendeal mit Saudi Arabien abgeschlossen, das seit 2015 tief in den Jemen-Krieg verwickelt ist. Auch die Bundesregierung liefert weiterhin Waffen in das autokratische arabische Königreich. Zuletzt wurde im März 2017 die Ausfuhr von bis zu 48 Patrouillenbooten an die saudi-arabische Marine bewilligt. Die Genehmigung für Ersatzteile der Lizenzproduktion des G36-Sturmgewehrs hängt zwar derzeit, grundsätzlich wurde sie wohl aber noch nicht negativ beschieden. Ein neuerer Akteur im Waffengeschäft dieser Konfliktregionen ist China, dessen Rüstungsgüter wie automatische Gewehre, Munition, Anti-Panzer-Raketenwerfer und Mörser unter anderem in den Südsudan exportiert wurden.

Bislang konnte deshalb auch noch keine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat für die Verhängung eines Waffenembargos gegen den Südsudan gefunden werden, auch wenn dieses eine Verhandlungslösung unterstützen könnte. Einige Mitglieder des Sicherheitsrats, darunter G20-Staaten, blockieren eine entsprechende Resolution.

VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie ihrer humanitären und friedenpolitischen Verantwortung nachkommt und

- umgehend alle deutschen Waffenlieferungen in Konfliktregionen, insbesondere in die von der Hungerkrise betroffenen Staaten Südsudan, Jemen, Somalia und Nigeria stoppt.
- auf die G20-Mitglieder einwirkt, damit auch diese ihre Waffenlieferungen in diese Länder und andere Konfliktregionen stoppen.
- darauf einwirkt, dass die G20-Staaten im UN-Sicherheitsrat sich für ein Waffenembargo gegen den Südsudan einsetzen.

FRÜHWARNSYSTEME MIT FINANZIERUNGSMECHANISMUS KOPPELN

Zu der durch Krieg und Flucht bedingten Verschärfung der Ernährungsunsicherheit kommen im Falle der aktuellen Hungerskrise noch ungewöhnlich lange Trockenperioden hinzu, die unter anderem auf das Klimaphänomen El Niño zurückzuführen sind. Aber auch die Auswirkungen des Klimawandels, der vor allem durch den immer noch steigenden Kohlenstoffdioxidausstoß der G20-Staaten verursacht wird, sind in den betroffenen Ländern schon deutlich spürbar und werden sich in den kommenden Jahren noch verstärken: Dürren, Starkregenfälle und weniger vorhersehbare Regenfälle führen zu Ernteaufschlägen und zunehmender Ernährungsunsicherheit. Erhöhte

STELLUNGNAHME

Grundnahrungsmittelpreise und die hohen Transportkosten für Nahrungsmittelhilfe verschlimmern noch die Situation.

Im Unterschied zu plötzlichen Naturkatastrophen wie Hurrikans, niederschlagsbedingten Überflutungen oder Erdbeben kündigen sich Hungerkrisen längerfristig an. Es bleibt meistens ausreichend Zeit, die Situation zu erfassen und entsprechende vorsorgende Maßnahmen zu ergreifen. Obwohl Frühwarnsysteme, wie das von den G20-Agrarminister_innen im Jahr 2011 initiierte GEOGLAM oder das Agriculture Market Information System (AMIS) drohende Hungersnöte identifizieren, reagieren die Staatengemeinschaft und ihre internationalen Institutionen weiterhin viel zu langsam, wenn es darum geht, rechtzeitig finanzielle Mittel bereitzustellen – wie auch die aktuelle Krise wieder zeigt.

Deshalb wäre es notwendig, bestehende Frühwarnsysteme mit einem Finanzierungsmechanismus zu verknüpfen, der frühzeitig Mittel für vorbeugende Maßnahmen freisetzt. Damit könnten Leben gerettet und wesentlich kostengünstiger geholfen werden als durch die humanitäre Hilfe nach Ausbruch einer Hungersnot. Der Finanzierungsmechanismus sollte die Kapazitäten der betroffenen Länder stärken. Voraussetzung dazu ist allerdings auch, dass Länder wie Südsudan und Jemen zunächst einmal ihre Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung wahrnehmen. Ihnen gegenüber müssen die G20 eine deutliche Sprache sprechen.

Zugriff auf die Mittel sollten neben den betroffenen Staaten und den UN auch zivilgesellschaftliche Organisationen erhalten. Der Finanzierungsmechanismus sollte dauerhaft über etwa 10 Milliarden US-Dollar Kapital verfügen, die von der internationalen Gemeinschaft, vor allem der G20, aufgebracht werden sollten. Dabei sollten auch bestehende Institutionen, wie die African Risk Capacity der Afrikanischen Union einbezogen werden.

VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich bei den G20-Mitgliedern dafür einzusetzen,

- in Zusammenarbeit mit den UN einen Finanzierungsmechanismus zur Vermeidung von Hungerkatastrophen einzurichten und diesen dauerhaft mit mindestens 10 Milliarden US-Dollar auszustatten. Dieser Finanzierungsmechanismus sollte an bestehende Frühwarnsysteme wie GEOGLAM und AMIS gekoppelt werden.

STELLUNGNAHME

Diese kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sollten die G20-Staaten als Ausgangspunkt für die Entwicklung langfristiger Maßnahmen zur Vermeidung von Hungerkrisen und deren umfassende finanzielle Absicherung nehmen. Sie müssen das Pariser Klimaabkommen zügig umsetzen und insbesondere den ärmsten Ländern ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit diese Anpassungsmaßnahmen an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels treffen können. Darüber hinaus müssen sie für einen gerechten Welthandel sorgen, in dem die ärmsten Länder sich beispielsweise vor billigen Dumpingprodukten aus den G20-Ländern schützen können. Die G20-Staaten tragen einen Großteil der Verantwortung dafür, dass auch zukünftige Generationen weltweit ein menschenwürdiges Leben haben können. Wir erwarten, dass die Bundesregierung sich hierfür einsetzt und einen sichtbaren Beitrag leistet.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
(VENRO)

Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Tel.: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Berlin, Juni 2017

Redaktion:

Richard Haep (Deutsche Welthungerhilfe), Dr.
Sonja Grigat (VENRO)

Endredaktion:

Steffen Heinzelmann (VENRO)

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des

